

FDP Flörsheim

LIBERALE FORDERN GEBÄUDESANIERUNGSKONZEPT DURCH EXTERNES BÜRO

08.05.2017

Mainspitze

Flörsheim 26.04.2017

Von Jens Etzelsberger

WEILBACH - Laut Bürgermeister Michael Antenbrink (SPD) ist die Sache klar. Das Wohngebäude in der Hofheimer Straße, im Besitz der Stadt befindlich, ist nicht mehr zu sanieren, ein Abriss unumgänglich. Schlechte Bausubstanz seit der Erstellung und fortschreitende Schimmelschäden ließen nur einen Abriss zu. Den Mietern war schon zum Jahresende 2016 gekündigt worden.

Die Liberalen im Ortsbeirat trauen diesen Aussagen aber nicht und wollen ein externes Büro mit einem Sanierungskonzept für das Gebäude beauftragen. Dabei soll geprüft werden, ob das Haus erneut für Wohnraum genutzt oder gar erweitert werden kann. Auf die Erstellung eines Konzeptes durch ein externes Büro legt die FDP besonderen Wert. Zu oft schon hätten sich Kostenschätzungen der Stadtverwaltung als falsch erwiesen, so die FDP mit Blick auf deutliche Kostensteigerungen, etwa beim Bauhof. „Fachkundige verursachten schon Schäden in hundertausender Höhe“, sagte Werner Duchmann (FDP) in der jüngsten Ortsbeiratssitzung. Auch dass die Aussagen zum Zustand des Gebäudes bisher nur vom Bürgermeister oder dem Ersten Stadtrat stammten, macht die Liberalen skeptisch. Sie wollen auch wissen, wer in der Verwaltung solche Aussagen treffe und welche Fachkompetenz dahinter stehe.

Erster Stadtrat Sven Heß (Galf), der an diesem Abend Bürgermeister Michael Antenbrink (SPD) vertrat, sagte, angesichts der Kürzung der Mittel für Sach- und Dienstleistungen (wir berichteten) seien Gutachten, wie sie die FDP fordere, nicht zu bezahlen. Die Einschätzung der Verwaltung stamme von maßgeblichen Fachleuten. Diese

Verwaltungsmitarbeiter sollten jetzt aber „nicht durchs Dorf getrieben werden“, sagte Heß. Renate Mohr (Galf) verwies darauf, dass auch erwogen werde, auf dem Grundstück eine Kita einzurichten. Auf eine Aussage zur Machbarkeit vonseiten der Verwaltung warte man schon seit Monaten, so Mohr. Solange diese Antwort noch ausstehe, sei ein Gutachten zur Sanierungsfähigkeit nicht sinnvoll.

Schließlich einigten sich die Ortsbeiräte darauf, den FDP-Antrag zurückzustellen, bis geklärt ist, ob eine Nutzung des Geländes als Kitastandort möglich ist.